



Ausschuss für Generationen, Familie und Integration

24. Sitzung (öffentlich)

1. Februar 2007

Düsseldorf - Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 12:50 Uhr

Vorsitz: Andrea Milz (CDU)

Protokollerstellung: Beate Mennekes, Gertrud Schröder-Djug (Federführung)

Verhandlungspunkt:

Mehrgenerationenkonzepte

Drucksachen 14/2096, 14/2103 - Neudruck - und 14/2089

Öffentliches Expertengespräch

Der Ausschuss führt ein öffentliches Expertengespräch zu dem Thema durch. Den Statements der Sachverständigen schließen sich Nachfragen von Abgeordneten an. Die Seitenzahlen auf der nächsten Seite kennzeichnen den Beginn der Statements.

Institution	Redner/-in	Stellungnahmen	Seiten
Stadt Arnsberg	Hans-Josef Vogel	14/842	3, 25
Bertelsmann-Stiftung	Andreas Esche	14/835	6, 24
Baugenossenschaft Freie Scholle, Bielefeld	Thomas Möller	14/825	7, 23
Servicestelle Mehrgenerationenhäuser	Annemarie Gerzer-Sass	14/843	9, 21
Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes NRW	Gabriele Winter Klaus Bremen	14/828	11, 20 18

Weitere Zuschrift:

Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Rhein-Erft	14/764
--	--------

Vorsitzende Andrea Milz: Ich begrüße Sie herzlich zur 24. Sitzung des Ausschusses für Generationen, Familie und Integration. Ich begrüße die Zuschauer, die Medienvertreter und auch die Mitglieder der mitberatenden Ausschüsse für Arbeit, Gesundheit und Soziales, für Bauen und Verkehr und für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform. Ein ganz herzlicher Gruß und Dank an die Sachverständigen, dass Sie sich die Zeit nehmen, mit uns zu diskutieren zum Thema

Mehrgenerationenkonzepte

Drucksachen 14/2096, 14/2103 - Neudruck - und 14/2089

Ich bedanke mich für die zahlreich eingegangenen Stellungnahmen. - Als Ersten möchte ich Herrn Hans-Josef Vogel aufrufen. Bitte schön.

Hans-Josef Vogel (Stadt Arnsberg): Herzlichen Dank für die Einladung. Ich möchte anhand von zehn kurzen Punkten zum Thema beitragen, die sich nach einem Zwei-sechs-zwei-System gliedern. Das heißt: zwei Punkte zur Einbindung des Konzeptes der Mehrgenerationenhäuser, sechs Punkte zu Programmen und Maßnahmen sowie zwei Punkte zur politischen Kommunikation.

Zunächst einmal möchte ich aufgrund der Erfahrungen, die wir in der Stadt Arnsberg gemacht haben, die wir aber auch aus den interkommunalen Erfahrungen gewinnen konnten, dafür werben, dass Mehrgenerationenkonzepte nicht isoliert betrachtet, sondern in zwei übergeordnete Themen eingebunden werden: erstens als Bestandteil eines Konzepts zum demografischen Wandel, zweitens in das Konzept der Bürgergesellschaft. Ich glaube, dass jegliche Maßnahmen unter der Überschrift „Mehrgenerationenkonzept“ wesentlich größere Wirkungen erzielen, wenn sie konzeptionell in die beiden Oberpunkte „Gestaltung des demografischen Wandels“ und „Konzept der Bürgergesellschaft“ eingebunden werden.

Unabhängig von Wanderungsbewegungen und vom Bevölkerungsaufbau von Städten und Regionen betrifft ein Thema alle, nämlich das der alternden Gesellschaft oder - wie wir es formulieren - der Stadt des langen Lebens. Dabei wird schon deutlich: Was braucht eine Stadt des langen Lebens? Wie soll sie angelegt werden? Welche Beiträge kann sie leisten, um den demografischen Wandel in den Städten zu bewältigen? Es geht um eine höhere Wirksamkeit durch eine konzeptionelle Einbindung in diese beiden Themen.

Zu den Programmen und Maßnahmen selber möchte ich aufgrund unserer Erfahrungen folgende Punkte anregen: Zunächst einmal sollte in den Städten und auch auf dem Land eine vernünftige Bestandsanalyse durchgeführt werden. Diese Bestandsanalyse führt aus meiner Sicht zu folgenden Themen:

Erstens. Wir müssen vorhandene Stärken stärken. Das heißt dort, wo heute mehrere Generationen zusammenleben, müssen wir dieses Leben stärken, und zwar auch,

wenn vermeintlich Ausnahmetatbestände vorliegen. Ich will nur ein Beispiel nennen: Leben mit Demenz. Weit über 1.000 Familien erbringen in unserer Stadt Leistungen in einem existenziellen Mehrgenerationensystem, in einem existenziellen Mehrgenerationenleben. Wie sehen die Unterstützungssysteme für diese Familien aus? Warum gibt es zu wenig dieser Unterstützungssysteme? Warum definieren wir Familie als den Bereich „Familie ist dort, wo Kinder sind“, warum erweitern wir nicht den Familienbegriff, indem wir sagen, dass Familie auch dort ist, wo ältere Menschen, die beispielsweise an Demenz erkrankt sind, unterstützt werden? Das hat enorme Auswirkungen auf die Organisation und die Möglichkeiten, im Erwerbsleben tätig zu sein, die Freizeit zu gestalten etc. Stärken stärken heißt, sich genau anzuschauen: Wo haben wir heute Mehrgenerationenleben, und wie können wir dieses unterstützen? Das muss an erster Stelle stehen, bevor wir mit neuen Konzepten beginnen.

Zweitens. Wir müssen die Potenziale der älteren Generation nutzen. Wir wissen, dass viele Menschen aus der älteren Generation bereit sind, sich zu engagieren. Wie im Bevölkerungsdurchschnitt engagieren sich auch hier rund 30 % der älteren Menschen. Nach allen Umfragen, nach Wertewandelforschung haben wir aber noch ein zusätzliches Potenzial, das noch einmal in einer Größenordnung von einem Drittel liegt, das unter bestimmten Faktoren und Bedingungen bereit ist, sich für die Gemeinschaft zu engagieren.

Drittens. Dazu brauchen wir eine Strategie. Diese muss darin bestehen, neue Altersbilder zu formulieren, also nicht „Alter und Ruhestand“, „Alter und ich kann nicht“, „Alter ist nicht innovativ“, sondern wir müssen die Altersbilder kommunizieren, wie sie tatsächlich sind. Ich verweise hier insbesondere auf die Arbeiten von Prof. Kruse aus Heidelberg.

Viertens. Diese Altersbilder reichen aber nicht aus, wir brauchen auch Verantwortungsrollen. Was sollen die Menschen machen? Das wird sicherlich in einer Bürgergesellschaft etwas einfacher sein, dort werden solche Systeme eingespielt, aber wir müssen auch Verantwortungsrollen, Aufgabengebiete initiieren und zur Verfügung stellen.

Fünftens. Wir müssen in dem Zusammenhang die Institutionen für die ältere Generation öffnen und parallel Qualifizierungsprogramme durchführen. Das heißt, in den Bereichen, in denen das Mehrgenerationenleben „tobt“ oder auch nicht mehr „tobt“, weil es beeinträchtigt ist - Kindertagesstätten, Schulen, Krankenhäuser -, müssen wir bürgerschaftliches Engagement von älteren Menschen zulassen, aber parallel qualifizieren. Es kann nicht sein, dass wir gut gemeinte Aktionen fahren, die sich aber dann als Eintagsfliegen herausstellen, weil beispielsweise in den Bildungseinrichtungen gesagt wird: Da fehlt etwas. Man kann schon über Qualifikation - das, was die offenen Ganztagsysteme heute bieten -, Mehrgenerationenleben ermöglichen.

Sechstens zum Bereich Programme, Maßnahmen: Wir müssen die bestehenden Einrichtungen vernetzen. In den Städten sehen Sie sehr oft vielleicht 50 oder 100 m voneinander entfernt die Altentagesstätte und das Jugendzentrum oder andere Begegnungsstätten. Ich will noch einmal vehement dafür werben - immer mit Blick auf den Bestand -, diese Begegnungsstätten viel stärker zu vernetzen, was im Übrigen, wenn man sogar zu einer räumlichen Vernetzung kommt, auch wirtschaftliche Synergien schafft, die man dann für Programme einsetzen kann.

Das zielt in Richtung Mehrgenerationenhäuser, aber zunächst einmal unter der Überschrift „Vernetzung der bestehenden Einrichtungen und Systeme“, wobei uns allen klar ist, dass der Raum allein nicht ausreichend ist, sondern dass wir Initiierungs-, Animations- und Unterstützungsprogramme brauchen, um tatsächlich etwas daraus zu machen. Ich kenne Beispiele, wo es mehr oder weniger unter einem Dach nicht läuft, und ich kenne Beispiele, wo es nicht geplant war, wo eine Kindertagesstätte und eine Altenbegegnungsstätte unter einem Dach waren und sich von selbst etwas entwickelt hat. Das zeigt mir, dass wir Initiativprogramme brauchen.

Wir müssen ein Kompetenzprogramm starten. Mehrgenerationenleben der Zukunft heißt auch, dass wir die E-Kompetenzen der Nonliner, also derjenigen, die Internetnutzung oder Informations- und Kommunikationstechnologien abwartend gegenüberstehen, wesentlich verstärken. Sonst entwickelt sich die Welt noch einmal auseinander, weil die Medien, die von den Jungen angewendet werden, ganz andere sind als die, die von den Älteren genutzt werden. Wir wissen, dass bei den Älteren die Bereitschaft besteht, sich einzubringen, auch die Informations- und Kommunikationstechnologien zu nutzen. Es gibt aber Hemmnisse wie: Ich schaffe das nicht, ich kann mit dem Gerät nicht umgehen etc. Wenn man aber fragt, ob sie sich vorstellen können, mit einem Handy zu leben, dann heißt es: Wunderbar, dann kann ich von unterwegs anrufen. Ich kann viel mehr am Leben teilnehmen.

Wir dürfen nicht vergessen, in den Programmen eine Nachhaltigkeit sicherzustellen, was am ehesten dadurch geschieht, dass wir Leitbilder und auch Programme und Maßnahmen partizipativ erarbeiten. Das heißt, dass wir versuchen müssen, solche Konzepte von unten nach oben aufzubauen, weil das die größte Gewähr dafür bietet, Nachhaltigkeit durch eine Einbindung in Leitbilder, in Strategien zum demografischen Wandel oder zur Bürgergesellschaft zu sichern. Wir dürfen nicht von oben herab sagen: Hier ist ein schönes neues Programm, jetzt macht mal.

Abschließend zwei Punkte zur politischen Kommunikation: Wir müssen den Generationenvertrag an die Wirklichkeit anpassen. Das muss offen kommuniziert werden. Ich möchte ein Wort von Kurt Biedenkopf aufgreifen, der gesagt hat: Die Wirklichkeit wird die Rente mit 67 schon im nächsten Jahrzehnt überholen. Wir müssen den jetzigen Generationenvertrag - das ist mein Petitum - um zwei zentrale Begriffe erweitern: einerseits um einen Generationenvertrag des gemeinsamen Lernens. Das halte ich für ganz entscheidend, weil das insbesondere die jüngere mit der älteren und der mittleren Generation verknüpft. Sie wissen, Bildung ist für die Wissensgesellschaft die existenzielle Grundvoraussetzung. Ich verweise aber auch auf gute Programme gerade in Nordrhein Westfalen. Das EFI-Programm - Erfahrungswissen für Initiativen -, das von der Landesregierung initiiert und unterstützt worden ist, zeigt zum Beispiel, wie es in eine Richtung gehen kann.

Andererseits brauchen wir viel mehr als heute einen Generationenvertrag des bürgerschaftlichen Engagements, damit das bürgerschaftliche Engagement nicht nur in Sonntagsreden vorkommt und bei denen, die es ohnehin schon machen, sondern damit wir zukünftig eine flächendeckende Wirkung erzielen. Über dieses bürgerschaftliche Engagement werden wir Begegnungen zwischen den Generationen in vielfältiger Weise ermöglichen.

Andreas Esche (Bertelsmann-Stiftung): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich bin noch ganz beeindruckt von dem, was Herr Vogel gesagt hat und kann mich entsprechend kurz fassen, weil ich im Prinzip alles unterschreibe. Ich versuche, Doppelungen zu vermeiden und gehe deswegen nur auf drei Punkte ein:

Punkt eins hat die Überschrift: Evaluierung. In den Anträgen, aber auch in den Fragen kommt ein bisschen durch, dass man auf die Suche danach geht, was man noch Neues machen könne. Hier steht aus meiner Sicht das Ausrufezeichen: Man muss erst einmal schauen, was die jeweiligen Ansätze der entsprechenden Förderprogramme, die bisher gemacht wurden, tatsächlich gebracht haben.

Evaluierung setzt auch voraus, dass die Dinge, die man evaluieren will, auf einem klaren Zielgerüst aufbauen, aus dem dann wiederum Kriterien abzuleiten sind. Das gibt einen Hinweis auf alles, was neu zu schaffen ist. Oft hat man das Gefühl, dass es da etwas schwammig wird, und zwar auch im Hinblick auf das Konzept der Mehrgenerationenhäuser. Mir ist nicht klar, welche Ziele dahinter stehen. Es gibt eine große Freiheit, was man auch gut finden kann, das jeweils auszugestalten, aber bevor man dort mit großen Ressourcen weiter einsteigt, ist eine Zielpräzisierung erforderlich. Als entscheidende Kriterien sind dabei die Flächendeckung und die Übertragbarkeit der Ansätze zu berücksichtigen. Es hilft uns nicht, einzelne Blumen zu züchten, die wunderhübsch sind - Sie sprachen von Eintagsfliegen, das steht hier auch -, sondern wir müssen sehen: An welchen Stellen können wir festmachen, dass bestimmte Ansätze auch in der Fläche tragbar sind und nicht nur unter ganz bestimmten Laborbedingungen?

Punkt zwei: Unmittelbar damit im Zusammenhang steht das Stichwort Nachhaltigkeit. Hier geht es entscheidend darum, dass man sowohl gesellschaftlich als auch ökonomisch schaut, ob diese Konzepte tragfähig sind. Nach meinem Stand - die unmittelbaren Fachexperten mögen mich korrigieren - ist etwa bei der Frage der Mehrgenerationenhäuser eine Finanzierung nur auf wenige Jahre festgelegt, und danach wird man sehen, wie es weitergeht. Hinter diese Konzepte mache ich ein großes Fragezeichen, weil nicht von vornherein klar ist, inwieweit das ein verbindliches Angebot auf Dauer darstellt. Herr Möller wird das sicher gleich noch weiter ausführen, aber das Beispiel, das ich immer verwende, ist: Dort werden die Nutzer selber in die ökonomische Seite eines Vorhabens einbezogen, sprich: man beteiligt sie finanziell. Das schafft Bindungen, aber auch langfristige Tragfähigkeit, was ich für unverzichtbar halte.

Die Einbindung in Lebensräume scheint mir ein weiterer zentraler Punkt. Das Mehrgenerationenhaus wird es in einer Stadt wie Düsseldorf oder Frankfurt nicht bringen, sondern entscheidend ist - das zeigen eine Reihe von Untersuchungen -, dass man möglichst nah an das Lebensumfeld der Zielgruppen heranrückt. Das heißt: lieber klein, aber nah, unmittelbar. Inwieweit sich das mit einem Zentralkonzept verträgt, bin ich mir nicht sicher.

Entscheidend ist die Vernetzung. Das sollen Mehrgenerationenhäuser auch leisten. Die Frage ist, ob man sie dafür spezifisch braucht. Ich halte aber alles, was in diese Richtung geht, für einen entscheidenden Punkt. Es geht nicht nur um die Vernetzung von Initiativen, sondern auch der zuständigen Akteure auf der öffentlichen Seite, also der maßgeblichen Verwaltungshandelnden.

Ein Beispiel von meinem Kollegen Herrn Vogel - er mag mich da korrigieren -: Bei der Einbindung und Vernetzung dieser Ressourcen, so habe ich die Geschichte verstanden, hat Herr Vogel einmal aufgerufen, man möge zum Rathaus kommen, wenn man sein ehrenamtliches Engagement beisteuern will. Ich glaube, die Leute kamen so zahlreich, dass die Verwaltung, die Hauptamtlichen nicht wussten, was sie mit dieser Bereitschaft anfangen sollten. Dies hat zwei Messages: Abrufbar ist es. Wir müssen einen vernünftigen Weg finden, es abzurufen, zu kanalisieren. Gleichzeitig müssen wir sicherstellen, dass die Strukturen vorhanden sind, dieses Angebot auch vernünftig aufzunehmen.

Den letzten Punkt haben Sie schon angesprochen, es geht um Partizipation, also nicht Top-down. Wir brauchen in der Verwaltung eine Entscheidung von oben, aber man kann die Dinge ziemlich erfolgreich, auch wenn es eine mühsame Angelegenheit ist, von unten organisieren. Damit bekommen sie einen anderen Schub, erst recht wenn es kleinräumig ist. Die Leute fangen an, das als ihres zu begreifen. Leute heißt für mich, immer sehr bewusst die Jungen - gegebenenfalls zunächst gar nicht unter dem Label „mehrere Generationen“, sondern mit Blick auf ihre eigene Zielsetzung - zu mobilisieren und dieses vielleicht später vernünftig zusammenzuführen.

Das wiederum können Sie bei Partizipation, bürgerschaftlichem Engagement erweitern. Uns als Stiftung wird in diesem Jahr die Frage interessieren: Wie können wir so etwas in Schulen transportieren, also sehr frühzeitig das vorhandene Gen im Menschen aktivieren, sich zu beteiligen? Wir wollen schauen, was dabei herauskommt. Im September wissen wir mehr.

Last, not least schwebt über dieser Fragestellung immer die unterschwellige Befürchtung, dass es irgendwann zum großen Zusammenstoß der Generationen kommt. Da kann man - zumindest aus heutiger Sicht - ein Stück weit entwarnen. Die verschiedenen Untersuchungen - ob es die Shell-Jugendstudie ist oder das Generationenbarometer - weisen in eine andere Richtung. Im Gegenteil: Beide Seiten werden noch stärker wertorientiert, wollen etwas im Sinne des Gemeinsamen, Gemeinschaftlichen beitragen, sehen sich als Teil eines Ganzen und sehen das auch nicht im Widerspruch dazu, ihr eigenes Glück zu suchen, was ich für zentral halte. Insofern sind die Zeichen positiv gestellt, jetzt muss man nur etwas daraus machen.

Thomas Möller (Baugenossenschaft Freie Scholle, Bielefeld): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielen Dank für die Einladung zu dieser Expertenanhörung. Ich bitte um Ihr Verständnis, dass ich mich im Wesentlichen auf die wohnungspolitischen Fragen zu Ihren Anträgen konzentrieren möchte.

Erlauben Sie mir kurz, zunächst unsere Genossenschaft vorzustellen: Die Freie Scholle wurde 1911 aus der Arbeiterbewegung heraus gegründet und bewirtschaftet heute gut 5.000 Wohnungen ausschließlich in der Stadt Bielefeld. Unser Bezug, unser Engagement in der Stadt wird auch daran deutlich, dass wir 1951 gemeinsam mit der Stadt und der Ravensberger Heimstätte die Bielefelder Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft gegründet haben und heute noch Minderheitsgesellschafter sind.

Für uns als Wohnungsunternehmen ist es existenziell, die Wohnwünsche der Menschen zu erfüllen. Deshalb lassen wir regelmäßig repräsentative Befragungen durchfüh-

ren. So haben wir zum Beispiel auch die über 50-Jährigen nach ihren Wohnwünschen im Alter befragt. Drei Ergebnisse dieser Untersuchung dürften dabei heute für Sie von Interesse sein:

Erstens - das ist wenig überraschend -: Ältere Menschen wollen so lange wie möglich selbstbestimmt in ihrer Wohnung leben.

Zweitens. 80 % der Befragten sagten dabei aber, sie wollen in gemischten Strukturen leben, also Jung und Alt gemeinsam, während 20 % sagten, sie würden es bevorzugen, nur in reinen Altensiedlungen zu leben.

Ganz wichtig ist aber drittens, dass neben den klassischen Serviceleistungen, die nachgefragt werden, wie die Erledigung der Hausarbeit, die Möglichkeit des Anschlusses eines Hausnotrufsystems, immerhin 84 % den Wunsch hatten, im Alter eine barrierefreie Wohnung zu haben.

Das Thema „Wohnen im Alter“ ist für unsere Genossenschaft nichts Neues. Wir wurden bereits 1987 mit der Tatsache konfrontiert, dass der Anteil der über 65-jährigen Bewohner mit damals 34 % bereits dem Anteil entsprach, der in Bielefeld im Jahre 2050 erwartet wird. Um der Altersstruktur der Bewohner und ihren Wohnwünschen entgegenzukommen, haben wir bereits vor 20 Jahren als erstes bundesdeutsches Wohnungsunternehmen mit dem Aufbau einer eigenen Altenberatung und -betreuung begonnen. Ziel der Tätigkeit unserer Sozialarbeiter ist es, für unsere alten Mitglieder die Hilfen zu organisieren, die sie benötigen, um so lange sie es selber wünschen in ihrer zur Heimat gewordenen Wohnung bleiben zu können.

Dabei werden die Kosten für die Betreuungstätigkeit der Sozialarbeiter gleichermaßen von allen Genossenschaftsbewohnern quasi als genossenschaftseigener Generationenvertrag getragen. Das bedeutet, jeder Bewohner unserer Genossenschaft zahlt im Monat ca. 9 Cent/m² Wohnfläche für diese Betreuungsleistungen für die älteren Mitglieder. Das ist von allen Mitgliedern im Parlament der Genossenschaft so beschlossen worden, und es hat noch nicht einen, auch keinen Jüngeren, gegeben, der sich hiergegen ausgesprochen hätte. Mithilfe unserer Kooperationspartner wie der Arbeiterwohlfahrt oder dem Evangelischen Gemeindedienst sind wir heute bereits in der Lage, faktisch die vom Qualitätssiegel „Betreutes Wohnen“ geforderten Betreuungsleistungen in unseren 5.000 Wohnungen zu gewährleisten.

Neben diesem umfassenden Aufbau von Betreuungsleistungen sind wir aber auch seit vielen Jahren dabei, unseren Hausbesitz umzustrukturieren. Dazu haben wir vor gut 15 Jahren in enger Absprache mit den betroffenen Mitgliedern damit begonnen, im Rahmen von Vollmodernisierungsmaßnahmen unsere Siedlungen nach dem Prinzip des lebensgerechten Wohnens umzubauen. Dieses Prinzip besagt, dass in jeder Siedlung Wohnraum für jedes Alter und jede Lebenssituation zur Verfügung stehen muss. So haben wir zum Beispiel in einem Siedlungsgebiet der frühen 50er-Jahre, wo es vorher ausschließlich Wohnungen um die 45 bis 55 m² gab, durch die konsequente Anwendung dieses Prinzips die Grundrisse so verändert, dass auch wieder familiengerechter Wohnraum entstanden ist. Das fängt an bei der kleineren Dreizimmerwohnung mit 70 m² und endet bei der Fünfraumwohnung mit fast 120 m² für Familien.

Gleichzeitig haben wir in diesem Bestand aber auch Wohnungen für eine betreute Wohngruppe barrierefrei umgebaut und bieten dort mithilfe unseres eigenen gemeinnützigen Vereins die notwendigen Betreuungsleistungen. Darüber hinaus haben wir ein fünfgeschossiges Wohnhaus, das nach unseren Kriterien nicht mehr umzubauen war, abgerissen und durch einen barrierefreien Neubau, der sowohl Wohnungen für junge wie für alte Menschen bietet, ersetzt.

Schließlich wurde durch einen Anbau im Bestand ein Nachbarschaftstreff geschaffen, der sowohl den Siedlungsbewohnern für selbst initiierte Aktivitäten als auch im Quartier tätigen Selbsthilfegruppen und Vereinen zur Verfügung steht. Solche Nachbarschaftstreffs sind inzwischen in allen elf Siedlungsgebieten der Freien Scholle eingerichtet.

Allgemein kann aus unserer Erfahrung Folgendes abgeleitet werden: Erstens. Wohngebiete der 50er- und 60er-Jahre liegen heute noch zumeist in Quartieren mit einer intakten Infrastruktur, allerdings entsprechen die Grundrisse immer weniger den aktuellen und künftigen Anforderungen an ein generationenübergreifendes Wohnen. Durch umfassende, möglichst barrierearme Modernisierung, aber auch - wo notwendig - Abriss und barrierefreien Neubau können diese Gebiete weiterentwickelt werden.

Zweitens ist es dabei unabdingbar, dass Gemeinschaftseinrichtungen in den Quartieren geschaffen werden. Durch Kooperationen von Wohnungsunternehmen, Trägern der Freien Wohlfahrtspflege und Kommunen sowie der Partizipation der Bewohner können kleine, quartiersbezogene Mehrgenerationentreffs entwickelt werden.

Drittens. Durch die Stärkung der Wohnsicherheit für ältere Menschen können der für die Zukunft unabdingbare Ausbau ambulanter Betreuungsleistungen unterstützt und vorzeitige Heimeinweisungen vermieden werden. In Anbetracht der demografischen Entwicklung können somit den Sozialsystemen erhebliche Kosten erspart werden.

Eine solche gemeinschaftlich verantwortete Stadtentwicklung erfordert aber Wohnungsunternehmen, die an einer langfristigen Wirtschaftlichkeit ihrer Bestände interessiert sind. Der Verkauf von Wohnungsbeständen an Investoren, die kurzfristig eine möglichst hohe Rendite erzielen wollen, verhindert aber einen solchen Prozess. Wir müssen zurzeit in Bielefeld die Erfahrung machen, dass sich ein neuerdings börsennotiertes Wohnungsunternehmen nicht nur vollständig aus den Arbeitskreisen zur Stadtentwicklung zurückgezogen hat, sondern auch bei ihrer Wohnungsbelegung keine Rücksicht mehr auf den Erhalt nachbarschaftlicher Strukturen nimmt.

Aus wohnungswirtschaftlicher Sicht möchte ich deshalb die Gelegenheit nutzen und Sie bitten, beim Verkauf von Wohnungen der Landesentwicklungsgesellschaft darauf zu achten, dass der oder die Erwerber bereit sind, sich an dem Prozess einer nachhaltigen Stadtentwicklung in den jeweiligen Kommunen zu beteiligen.

Annemarie Gerzer-Sass (Servicestelle Mehrgenerationenhäuser): Ich habe kurzfristig noch ein schriftliches Statement eingereicht und möchte dieses vor meinem Hintergrund als Wissenschaftlerin ergänzen und kommentieren. Ich bin Mitarbeiterin des Deutschen Jugendinstituts und für das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser beurlaubt. Ich habe am 7. Familienbericht der Bundesregierung mitgearbeitet. Dort ist herausgearbeitet worden, inwieweit das Aktionsprogramm der Bundesregierung auf die

zentrale Frage, die Sie gestellt haben - die Situation durch die Demografie -, antwortet. Dabei möchte ich vor allen Dingen zwei Punkte aus dem Aktionsprogramm der Mehrgenerationenhäuser in Ergänzung zu dem, was schon vorgestellt worden ist, noch addieren. Auch das, was Herr Vogel gerade deutlich gemacht hat, gehört zu den zentralen Themen, die im Aktionsprogramm enthalten sind.

Vor allem junge Menschen im Alter zwischen 29 und 39 sind Veränderungen unterworfen, da sie sich sowohl am Arbeitsmarkt platzieren müssen als auch Familien gründen. Wir nennen das die „Rush-hour of Life“. Diese strukturelle Entwicklung ist nicht individuell und allein zu bewältigen, sondern es bedarf einer solidargemeinschaftlichen Unterstützung. Deshalb sind gerade Mehrgenerationenhäuser ein Versuch, Entlastungen für bestimmte Lebensphasen zu geben. Der Schwerpunkt bei den Informations- und Dienstleistungsdrehscheiben vor Ort liegt darin, Unterstützungsangebote für diese Zielgruppe, die durch den demografischen Wandel spätere Eintritte in die Familien, spätere Ausbildungsabschnitte, aber auch eine höhere Lebenserwartung hat, ein Stück weit zu bündeln. - Das ist der erste wichtige Punkt.

Zweitens ist wichtig: Was gibt es schon vor Ort? Gibt es bereits eine gute Abdeckung an zielgruppenspezifischen Angeboten? Deshalb sollen die Mehrgenerationenhäuser aus vorhandenen Angeboten weiterentwickelt werden. Es geht nicht um neue Modellprogramme, sondern um die Öffnung vorhandener Einrichtungen, die in den Stadtteilen schon sehr gut einen Bedarf für spezielle Zielgruppen abdecken, seien es Kinderbetreuungseinrichtungen oder Seniorentreffs. Die Grundidee ist, dass sich vorhandene Institutionen wandeln. Das ist ein deutlicher Perspektivwechsel, da es gerade im Kinder- und Jugendhilfebereich sehr zielgruppenspezifische Angebote gibt.

Der 7. Familienbericht der Bundesregierung hat noch einmal sehr deutlich gemacht, dass es viel stärker um Integration, um Bezüge voneinander geht. Das bedeutet für die Verwaltung eine große Herausforderung, wie die fördertechnischen Instrumente dann aussehen, die sehr spezifisch für Kinder, Jugendliche, Familien und Senioren herausgearbeitet worden sind. Erst einmal muss in der Praxis ausprobiert werden: Welches sind die Ansätze, dass Menschen unterschiedlicher Generationen zusammenkommen wollen? Das kann nicht ideologisch debattiert werden - sie sollen -, sondern man muss Win-Win-Situationen suchen: Was ist der Bedarf vor Ort? Deswegen sind Schulen, Kindergärten, im Prinzip alles das, was den Stadtteil gestaltet, aufgefordert, sich im Hinblick auf die Mehrgenerationenthematik stärker aufeinander zu beziehen.

Real ist es immer der Unterstützungsbereich im Alltag. Das heißt, Mehrgenerationenhäuser haben ein zentrales Anliegen. Sie sind nicht ein weiteres spezifisches Hinwirken auf eine Zielgruppe, sondern ein Aktivierungsansatz: Was motiviert mich, in einen solchen Treffpunkt zu gehen, eine solche nachbarschaftliche Möglichkeit wahrzunehmen? Das sind Alltagsfragen: Kann ich hier ein Mittagessen bekommen? Kann ich unter Umständen eine familiennahe Dienstleistung günstig bekommen? Kann ich einfach nur andere Leute treffen? Das sind alles notwendige Ansätze zur Aktivierung. Es geht nicht nur darum, Menschen, die bereit sind, sich für andere zu engagieren, in eine Einrichtung zu holen, sondern darum, diesen Menschen real die Möglichkeit zu geben, dies aktiv mitzugestalten.

Die Mehrgenerationenhäuser sind eine neue Form, wie professionelle Kräfte mit freiwillig Engagierten umgehen und ihnen darin auch einen Platz bieten; denn das sind Menschen mit sehr viel Erfahrungshintergrund und Wissen. Es geht darum, diesen Wissenstransfer untereinander stärker zu organisieren. Wir haben dies im Privatbereich der Familie. Bei den Mehrgenerationenhäusern - das möchte ich noch einmal hervorheben - geht es um eine öffentliche Gestaltung der Generationenbeziehung. Deswegen beziehen sich die Fragen, wie sich die Generationen mischen, letztendlich immer darauf, wie die Lebenssituation vor Ort ist: Habe ich mehr junge Familien, sehr viel stärker die ältere Generation oder eine breite Mischung an Familien mit unterschiedlichen ethnischen Hintergründen? Deswegen gibt es nicht das Konzept für ein Mehrgenerationenhaus, sondern es ist die Reaktion darauf, was vor Ort gebraucht wird. Gerade die Bedarfsanalyse ist ein wichtiges Thema. Wenn sich eine Einrichtung im Aktionsprogramm bewirbt, muss sie nachweisen, dass sie eine Bedarfsanalyse gemacht hat, um eine Antwort darauf geben zu können, was sie als ergänzendes Problem identifiziert hat.

Wir stehen vor Herausforderungen, für die wir mehrere Partner brauchen. Das Aktionsprogramm hat einen sehr gezielten Versuch der Einbeziehung, der Aktivierung der lokalen Wirtschaft unternommen, um sich aus dem Sozialbereich heraus in ein breiteres Spektrum, ein Netzwerk zu begeben. Wir haben in der Regel die Vernetzung der Fachkräfte vor Ort. Hier geht es darum, sich stärker aktiv um eine breitere Vernetzung mit der Wirtschaft zu bemühen.

Letztlich geht es nicht nur um die Vernetzung mit der Wirtschaft, denn auch die Wirtschaft ist ein Partner, der einer Win-Win-Situation bedarf. Es geht auch darum: Was kann Mehrgenerationenhäuser attraktiv für die Wirtschaft machen, sei es eine flexible Kinderbetreuung, seien es Ergänzungsangebote im Verfahren dessen, was sonst an Regelangeboten vorhanden ist? Die Idee ist - es ist die Frage, wie das systematisch weiterentwickelt werden kann -, dass alle Einrichtungen im Jugendhilfebereich bereit sind, sich in die Richtung hin zu verändern, die Versäulung im Kinder- und Jugendhilfebereich ein Stück weit aufzulösen, ohne dabei ihre zielgruppenspezifischen Aufträge zu vergessen.

Gabriele Winter (Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes NRW): Sehr geehrte Frau Milz! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Namen der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein Westfalen, für die ich heute sprechen darf, bedanke ich mich zunächst einmal herzlich für die Einladung des Ausschusses zu diesem öffentlichen Expertengespräch. Für die Freie Wohlfahrtspflege Nordrhein-Westfalen ist es eine Ehre, in diesem Hohen Hause über unsere Erfahrungen zu Mehrgenerationenkonzepten und zukünftigen fachlichen, konzeptionellen und politischen Rahmenbedingungen und auch den Erfordernissen für eine fachlich sinnvolle und nachhaltige Entwicklung dieses Themas zu sprechen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf unsere ausführliche schriftliche Stellungnahme, die Ihnen vorliegt, und bitte zugleich um Verständnis, dass ich mich aufgrund der begrenzten Redezeit in meinem Statement auf einige allgemeine Aspekte der Thematik konzentriere.

Wie wir alle nicht erst seit heute wissen, stellt der gesellschaftliche und demografische Wandel das Land und die Kommunen vor große Herausforderungen. Dabei werden die

Generationen vielleicht mehr denn je aufeinander angewiesen sein. Während in den Medien von einem Kampf der Generationen und dem Ende des Generationenvertrags die Rede ist, wehren sich die heute älteren Generationen dagegen, nur als Belastung für jüngere Generationen angesehen zu werden. Wir wissen nicht nur aus empirischen Untersuchungen, sondern auch aus der Alltagspraxis unserer Verbände, dass ältere Menschen bereit sind, sich mit ihrer Lebens- und Berufserfahrung für das Miteinander der Generationen und Kulturen in ihrem sozialen Umfeld zu engagieren. Wir wissen aus unseren alltäglichen Erfahrungen aber auch, dass es beeindruckende Beispiele junger Menschen gibt, die sich zum Beispiel in der Betreuung älterer Menschen engagieren.

Wie vermutlich eine Mehrheit der Abgeordneten in diesem Raum sieht es auch die Freie Wohlfahrtspflege in Nordrhein-Westfalen als wichtig für eine alternde Gesellschaft an, die Potenziale aller Generationen für die Schaffung und den Erhalt aktiver Lebensräume zu nutzen. Wenn wir aber ehrlich miteinander sind, so müssen wir feststellen, dass es auch eine andere Tendenz in der Diskussion um den demografischen Wandel gibt und mitunter die Interessen der Generationen auseinanderzulaufen drohen.

So fordern junge Menschen Veränderungen in der Arbeitsmarkt- und Familienpolitik, damit sie tatsächlich eine verlässliche Zukunft haben. Aus den jüngeren Generationen hören wir zugleich die Sorge darüber, dass die finanziellen Ressourcen zur Bewältigung des demografischen Wandels in unserem Sozialsystem, in den öffentlichen Haushalten so angespannt sein werden, dass für die nachfolgenden Generationen kaum finanzielle Spiel- und Gestaltungsräume bleiben werden.

Ältere Menschen hingegen fordern von der Politik tragfähige Konzepte in den Bereichen Pflege und sinnvolle Engagementförderung für eine mitunter erhebliche Lebensspanne; wir reden von 30 bis 40 Jahren. Auch wenn sich die Freie Wohlfahrtspflege dagegen sträubt, von einem Kampf der Generationen zu sprechen, müssen wir uns alle der Gefahr bewusst sein, dass sich das Klima zwischen den Generationen verändern könnte.

Unter dem Dach und mit Unterstützung der Wohlfahrtsverbände gibt es schon seit Jahrzehnten eine Vielfalt von Angeboten, die generationenübergreifend orientiert sind. Einen besonderen Schwerpunkt bilden dabei Angebote von gemeinwesenorientierten Einrichtungen, die überwiegend in sozial benachteiligten Wohngebieten vorgehalten werden. Das sind Stadtteilzentren, offene Treffs, Bildungseinrichtungen genauso wie Nachbarschaftszentren. In den örtlichen Aktivitäten der Wohlfahrtsverbände sind zugleich Kooperationen zwischen Institutionen für Jung - beispielsweise Kindergärten und Schulen - und Alt - zum Beispiel Senioreneinrichtungen - verbreitet.

So sehr solche generationenübergreifenden Ansätze einerseits eine Tradition in der Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege sind, spielen sie in der übrigen sozialen Arbeit konzeptionell eine eher untergeordnete Rolle. Die Anhörung heute und der damit vielleicht in unserem Land beginnende Verständigungsprozess sind für die Freie Wohlfahrtspflege daher auch ein methodischer Impuls, sich neu und unter geänderten gesellschaftlichen und demografischen Bedingungen mit dem Stellenwert dieses Ansatzes unserer Arbeit zu beschäftigen.

Wenn Sie so wollen, stehen wir alle mit dem demografischen Wandel vor der Herausforderung, unsere sozialen Beziehungen und Verhältnisse zu überdenken und neu zu gestalten. In diesem Kontext scheue ich mich nicht, Ihnen eine Wiederentdeckung des

Sozialen zu prognostizieren. Es wird wesentlich darauf ankommen, das Klima in unseren Kommunen generationenfreundlich zu entwickeln, die Kontaktflächen der Generationen zueinander zu pflegen und gegen unangemessene Bilder des Alters, aber auch der Jugend zu arbeiten.

Dazu bedarf es einer kritischen Überprüfung der bisherigen sozialen und gemeinwohlorientierten Arbeitsansätze. Es bedarf auch handlungsfähiger Akteure und Netzwerke sowie Ressourcen, um den sozialen Zusammenhalt zu pflegen. Eine allein auf Haushaltskonsolidierung abgestellte Politik auf Landes- und kommunaler Ebene verkennet, dass die wesentlichen Weichenstellungen für ein generationenfreundliches Klima jetzt und als Zukunftsinvestment getroffen werden müssen. Ich möchte auch deutlich sagen, dass es der Freien Wohlfahrtspflege vor allem um Nachhaltigkeit und zukunftsfähige Strukturen geht und nicht um neue Etiketten und eine kurzatmige Themenkonjunktur.

Wir begrüßen es, wenn das Parlament unseres Landes das Thema breit und öffentlich diskutiert. Das ist hilfreich gegen alle Horrorszenarien des demografischen Wandels. Die Landespolitik kann diese gesellschaftlichen Debatten aufgreifen und ihrerseits dafür sorgen, dass das Thema vor allem in den Kommunen aufgegriffen und gestaltet wird; denn vor allem vor Ort brauchen wir Konzepte für die Gestaltung altersgerechter Quartiere, die sich an den Bedürfnissen aller Generationen orientieren. Dabei sollten nicht nur solche Modelle wie das der Mehrgenerationenhäuser entwickelt werden, sondern auch kompetente und erfahrene Netzwerke, die in der Gesellschaft wirken. Nur auf der Grundlage solcher Netzwerke werden wir mittel- und langfristig erfolgreich sein können.

Die Freie Wohlfahrtspflege stellt solch ein Netzwerk dar. In Anbetracht der zukünftigen Entwicklung in NRW darf ihre Förderung aus Landesmitteln nicht weiter eingeschränkt werden, wenn sie die Zukunftsfähigkeit des Landes in diesen Fragen weiterhin aktiv unterstützen soll. Sie, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, können die politischen Rahmenbedingungen dafür entwickeln, dass wir erstens zu einem gemeinsamen Problembewusstsein in der Frage der Generationengerechtigkeit kommen, zweitens einen konsequent fachlichen Diskurs über die demografische Entwicklung und deren Herausforderung ohne Populismus führen, drittens die bestehenden Netzwerke stabilisieren und neue aufzubauen helfen und viertens vorbildliche Arbeitsansätze ausprobieren, bei ihrem Gelingen helfen, diese zu verstetigen und damit letztendlich zu einem Klima der Verständigung und Solidarität beitragen.

Ein positives Beispiel darf ich in diesem Zusammenhang anführen: Der zuständige Minister, Herr Laschet, hat im Rahmen einer Generationenreise insgesamt 16 Projekte besucht, die entsprechende Arbeitsansätze verfolgen. Diese und weitere Projekte sind mit Unterstützung des Ministeriums in einen Prozess eingetreten, um vor allem zu klären, unter welchen methodischen Vorzeichen und Rahmenbedingungen solche Projekte erfolgreich wirken können. Diesen Prozess unterstützt die Freie Wohlfahrtspflege und erhofft sich daraus vor allem Hinweise für die Nachhaltigkeit eines solchen Arbeitsansatzes.

Auch in Zukunft bleibt die Freie Wohlfahrtspflege Partner, NRW für Jung und Alt zukunftsfähig zu machen. Wir bieten Ihnen in diesem Hohen Hause und allen, die im Land und in den Kommunen Verantwortung tragen, unsere vertrauensvolle Kooperation und

unsere Expertise an. Die Gemeinsamkeit von Jung und Alt ist ein Schatz, den wir hegen und pflegen sollten - für unser Land.

Vorsitzende Andrea Milz: Vielen Dank, Frau Winter. - Wir kommen jetzt zur Fragerunde. Herr Jörg, bitte schön.

Wolfgang Jörg (SPD): Vielen Dank für die sehr umfangreichen und informativen Vorträge. Herr Möller, sind die Projekte, die Sie in Bielefeld organisiert haben, im Entstehungsprozess moderiert worden? Haben zwischen Genossenschaft und zukünftigen Mietern und den Mietern untereinander moderierte Prozesse stattgefunden, die sich auf die weitere Entwicklung des Projekts ausgewirkt haben, oder haben Sie das alles selbst organisiert und umgesetzt?

Marie-Theres Kastner (CDU): Meine Damen, meine Herren! Herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Ich möchte gern interpolieren zwischen dem, was Herr Vogel gesagt hat, und dem, was Frau Winter ausgeführt hat. Frau Winter, Sie haben vor allem gesagt, dass wir dafür mehr Ressourcen zur Verfügung stellen müssen, während ich das, was Herr Vogel vorgestellt hat, und auch das, was von den anderen Teilnehmern kam, sehr deutlich als einen Aufruf aufgefasst habe, erst vor Ort zu schauen. Wir hatten vor nicht allzu langer Zeit im Landtag die rege Diskussion um die Familienzentren: Gibt man von oben etwas vor, oder lässt man es sich von unten entwickeln? Wir haben uns für die Entwicklung von unten entschlossen und haben damit keine schlechten Erfahrungen gemacht. Wenn ich an die Äußerungen von Herrn Vogel denke, habe ich auch das Gefühl, dass sehr lokal und intensiv geschaut worden ist: Was können wir für unsere Stadt machen? Wo haben wir in der eigenen Stadt Ressourcen, aber auch Bedarfe, die wir abgedeckt haben?

Wo findet sich dann die Landespolitik wieder? Nur im Geben von Geld? Das wäre mir zu wenig. Im Beibehalten der jetzigen Ressourcen, oder kann die Landespolitik Sie vor Ort auch auf andere Art und Weise unterstützen? Das heißt nicht, dass ich Ihnen das Geld entziehen will - nicht dass das falsch verstanden wird -, sondern für mich ist wichtig, wie die Unterstützung seitens des Landes, seitens der Politik aussehen soll. Dazu bitte ich um ein paar konkrete Hinweise für uns im politischen Alltag.

Christian Lindner (FDP): Auch namens der FDP-Landtagsfraktion bedanke ich mich bei den Damen und Herren Sachverständigen für ihre Vorträge. Ich will an uns als Mitglieder des Ausschusses bei dieser Gelegenheit appellieren, bei zukünftigen Anhörungen zu diesem Thema auch die Landesseniorenvertretung einzuladen. Nachdem ich die Stellungnahmen gehört habe, scheint es mir sinnvoll zu sein, zukünftig auch diese Perspektive zu ergänzen.

Ich habe drei Komplexe, die ich Sie bitte zu reflektieren. Erster Komplex: In einer sich angesichts des demografischen Wandels verändernden Gesellschaft besteht durchaus die Gefahr, dass die Interessen von Kindern und Jugendlichen aus dem Blick geraten, weil sie als Wähler nicht wahrgenommen werden, Senioren aber insbesondere in der Kommunalpolitik elektoral von hoher Bedeutung sind. Deshalb hat die Freie Wohl-

fahrtspflege zu Recht den Aspekt der Beteiligung hervorgehoben. In dem Zusammenhang habe ich zwei Fragen:

Zum einen nehmen Sie Bezug auf die Kommunalverfassung in Schleswig-Holstein, die explizit die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen geregelt hat. Bedauerlicherweise ist die FDP-Fraktion die einzige Fraktion in diesem Hause, die die schleswig-holsteinischen Vorstellungen ebenfalls begrüßt beziehungsweise zumindest in der 13. Wahlperiode begrüßt hat. Die grüne Fraktion sieht das inzwischen, wo sie in der Opposition ist, anders. Würden Sie uns in Nordrhein Westfalen empfehlen, eine solche Institutionalisierung in der Gemeindeordnung vorzunehmen?

Zum anderen gab es einen neuen Aspekt für mich, ein Aha-Erlebnis: Sie verweisen darauf, dass insbesondere bei Hochbetagten ähnliche Maßnahmen erforderlich sind wie bei Kindern und Jugendlichen - nicht bei jungen Alten, nicht bei Betagten, aber bei Hochbetagten. Können Sie noch etwas über mögliche Methoden und Verfahren sagen?

Zweiter Komplex: Wir haben in Nordrhein Westfalen etwa 2.400 offene Jugendeinrichtungen, die pädagogische Ressourcen und Raumressourcen in Stadtteilen bereitstellen. Inwieweit können die bei der Einführung und Multiplikation von Mehrgenerationenkonzepten eine Rolle spielen? - a) erster Aspekt dazu.

b) zweiter Aspekt: Inwieweit sind einer solchen Kooperation nicht auch natürliche Grenzen gesetzt, weil Kinder und Jugendliche eigene Erfahrungsräume brauchen, wo eben keine anderen Generationen präsent sind?

Dritter Komplex, weil auch Ressourcenfragen angesprochen worden sind: Die Vorgängerregierung hat gute Erfahrungen damit gemacht, etwa im Bereich der Familienberatung kostenneutral einen sogenannten Umsteuerungsprozess einzuleiten. Dafür sind keinerlei neue Gelder bereitgestellt worden, aber mit den bestehenden Geldern sind neue Probleme bearbeitet worden, etwa die Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund in die Familienberatung. Könnte der Umsteuerungsprozess Familienberatung, also ein kostenneutraler Prozess, vielleicht auch vorbildhaft für die stärkere Öffnung für intergenerative Zusammenhänge sein?

Walter Kern (CDU): Zunächst einmal möchte ich mich auch bedanken und noch zwei, drei Aspekte hinzufügen. Herr Vogel, ich hätte gerne Ihre Einschätzung: Wie schaffen wir es, dass die jungen Generationen mehr in die gesellschaftliche Verantwortung eingebunden werden? Wenn wir das Klima nachhaltig beeinflussen wollen, dann müssen wir sehr deutlich den Hebel bei der Solidarität mit den Jugendlichen ansetzen, damit wir das stemmen können. Ich glaube, es gibt keine Musterlösung, wenn wir das unter Sozialraumorientierung sehen, denn die Sozialräume sind sehr unterschiedlich. Wenn eine Wohnungsbaugesellschaft fast einen ganzen Ortsteil hält, dann ist klar, dass man dort mit Sozialarbeitern arbeiten kann, aber es gibt durchaus auch sehr unterschiedlich strukturierte Bereiche. Was glauben Sie, wie schnell ältere Leute, die nicht vermögend sind, vielleicht sogar einen sozialen Brennpunkt in der Pflege darstellen können, wenn sie keine Betreuung haben?

Wir haben ein riesiges Fluktuationsrisiko bei der jungen Generation, die sich vielleicht im Ehrenamt einbringt, weil sie viel flexibler sein muss. Dort ist die Nachhaltigkeit stän-

dig in Gefahr. Dazu bitte ich um eine Aussage der Experten, wie wir das schultern können. Ich möchte sehr deutlich sagen, dass gerade die Arbeit im baden-württembergischen Bereich, wenn es um die Sozialräume geht, mit den sogenannten Silver Workern oder den Grauen Panthern - also mit denjenigen der älteren Generation, die sich einbringen - durchaus ein Modell ist.

Ich persönlich glaube, dass wir als Politiker sehr ehrlich sagen müssen: Wir können das, was in dieser Fallzahl kommt, nicht schultern. Die riesigen Fallzahlen stellen die Herausforderung dar. Wir sollten auch nicht darum herumreden, dass wir das nicht schaffen. Deswegen glaube ich sehr - dazu bitte ich auch um eine Einschätzung -, dass wir es nur schaffen - ich habe das immer Feuerwehrmodell genannt, da geht es auch um Leben und Tod - mit der interessanten und wichtigen Kombination aus dem sehr kompetenten Hauptamt und dem engagierten Ehrenamt. Nur so werden wir es auf Dauer in allen Bereichen schaffen, alles andere ist eine Lüge in die eigene Tasche. Das ist meine persönliche Überzeugung. Dazu müssen Sie mir sagen, wie wir Sie unterstützen können, damit sich das entwickelt.

Was die Mehrgenerationenhäuser angeht, müssen wir aufpassen. Es ist einerseits gesagt worden, dass wir Projektanforderungen brauchen, andererseits heißt es: Dann ist es plötzlich zu Ende. Was denn jetzt? Das ist ein deutlicher Widerspruch in den Aussagen der ersten beiden Referenten. Wir brauchen durchaus die Vorbilder, aber wir dürfen auch nicht versprechen, dass es auf Dauer so läuft. Wir brauchen nur die Orientierungspunkte, damit die einzelnen Kommunen wissen, um was es geht. In erster Linie ist das eine Verantwortung der Kommunalpolitiker, die vom Land unterstützt werden. So sehe ich das. Leider haben wir aufgrund des nicht generationengerechten Haushalts nicht die Möglichkeiten, die wir haben müssten, Stichwort: hohe Verschuldung.

Renate Hendricks (SPD): Frau Gerzer-Sass, Sie haben darauf hingewiesen, dass insbesondere für die Wirtschaft, wenn es darum geht, sie einzubeziehen, eine Win-Win-Situation entstehen muss, weil sie sich sonst nicht engagiert. Ich möchte von Ihnen noch einmal aufgezeigt bekommen, wo Sie Win-Win-Situationen für die Wirtschaft sehen und Handlungsfelder, auf denen man sich realistisch in eine Kooperation mit der Wirtschaft begeben kann?

Sie haben sehr deutlich darauf hingewiesen, dass das Zusammenspiel von Ehrenamt und professionellen Kräften die Voraussetzung für ein Gelingen ist. Die Einlassungen von Herrn Kern bestärken mich darin, noch einmal nachzufragen, ob das Ehrenamt ohne Professionalisierung ausreicht, oder ob wir nicht speziell im Bereich des Ehrenamtes Professionalisierungen brauchen, wenn wir zukünftig in größerem Maße darauf setzen wollen.

Sie haben gesagt, man müsste die Versäulung des Kinder- und Jugendbereichs auflösen. Über das Auflösen dieser Bereiche reden wir auch an anderen Stellen. Können Sie das noch einmal konkretisieren?

Josef Wilp (CDU): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Mir geht es zum Ersten um den Bereich: Was für eine Haltung, was für eine soziale Einstellung brauche ich, um überhaupt dieses Miteinander zu gewährleisten? Wenn nicht eine bestimmte

Grundhaltung vorhanden ist, wird das nicht funktionieren. Ich bin mir nicht sicher, ob es in der Weise funktioniert, wie wir es zurzeit wahrnehmen.

Zweitens. Wo haben wir verfügbare Ressourcen? Ich sehe diese Ressourcen im Moment am ehesten im Bereich der älteren Generation. Dort haben wir allerdings auch die größte Spannbreite: Wir haben den turnschuhfitten Senior, die Seniorin, aber auch diejenigen, die rund um die Uhr gepflegt werden müssen. Die nächste Altersstruktur - ich nehme einmal eine idealtypische Situation und beziehe mich auf diejenigen, die Arbeit haben - ist häufig außerordentlich stark belastet, sodass sie sagen: Die Zeit, die mir noch bleibt, brauche ich für mich. Das stelle ich zumindest fest.

Eine ähnliche Situation sehe ich bei den Jungen. Sie werden von der Schule, von ihrem Vereinsleben beansprucht, engagieren sich dort und sagen: Meine Zeit ist weitestgehend aufgebraucht. Wie bekommen wir dann das Miteinander hin? Wie funktioniert das? Ich habe es früher in der Verbandsjugendarbeit festgestellt: Die Jugendlichen waren für sich. Ich denke, sie müssen einen eigenständigen Raum haben. Sie müssen allerdings auch einsehen - in bestimmten Aktionen haben wir das gemacht -, in einem bestimmten Miteinander nicht alleine stehen zu bleiben, sondern auch den anderen Bogen spannen. Wie gelingt uns das? Ich sehe außerordentlich große Probleme, wenn wir nicht zu einem anderen Miteinander kommen. Das ist für mich soziale Verantwortung, soziale Vernetzung.

Ich habe keinen anderen Begriff gefunden, er ist eigentlich zu groß, aber: Dieser Bereich muss laufen wie ein gut funktionierendes Dorf. Wo sehen Sie in den einzelnen Gruppen Ressourcen? Wo sehen Sie Möglichkeiten, diese Haltung zu realisieren?

Monika Düker (GRÜNE): Schönen Dank auch vonseiten der grünen Landtagsfraktion an die Sachverständigen. Ich möchte zunächst eine Zielgruppe ansprechen - ich weiß nicht, wer sich von Ihnen berufen fühlt, dazu etwas zu sagen -, von der heute noch nicht die Rede war, für die dieser Ausschuss auch zuständig ist, nämlich die der Migranten und Migrantinnen. Ich war neulich in einem Altenheim in Duisburg sehr davon angetan, dass dort das Konzept der alternden Migrationsgesellschaft aufgegriffen wurde. Die Öffnung der gesamten sozialen Dienste für die Migrantengesellschaft ist leider noch nicht sehr weit fortgeschritten, und das Konzept ist gerade bei den Altenheimen noch nicht sehr verbreitet. Haben Sie interessante Projekte oder Ansätze gerade unter Einbeziehung von Stadtteilen mit hohen Migrantenanteilen, die Sie uns benennen könnten, die man sich anschauen könnte, die zur Nachahmung anregen?

Zum Stichwort Vernetzung: Insbesondere Herr Möller hatte darauf hingewiesen, dass es Schwierigkeiten gibt, die verschiedene Akteure, die Sie auch benannt haben, vor Ort zu vernetzen, zum Beispiel wenn es im Bereich Wohnungsbaugesellschaften zu einer starken Privatisierungswelle kommt beziehungsweise diese in Gang ist. Wie stark schätzen Sie diesen Faktor ein, Herr Möller, wenn man vor Ort eine sozialräumliche Vernetzung mit Stadtplanung, Wohnungsbau, sozialen Akteuren, Selbsthilfegruppen usw. hinbekommen möchte? Sie hatten das am Rande erwähnt. Sehen Sie ein großes Problem, das sich nur an einzelnen Projekten festmacht? Herr Vogel, können Sie als Bürgermeister der Stadt Arnsberg, als „Kommunalo“ so etwas auch beobachten? Wie

könnte man dem entgegenwirken, Stichwort: Vernetzung und Privatisierung im Wohnungsbau?

Mein nächster Fragekomplex betrifft die Beteiligungsformen. Herr Lindner hatte das für den Jugendbereich angesprochen, dort haben wir die Kinder- und Jugendparlamente. Im Altenbereich haben wir die Seniorenräte, da wird auch immer wieder gefordert, es gesetzlich zu verankern. Abgesehen von dieser institutionalisierten Form der Räte oder Parlamente, die dann eingerichtet werden, glaube ich, dass sich das in Projekten vor Ort vielleicht noch ganz anders darstellt. Gerade Kinder und Jugendliche reagieren sehr lebensnah bezogen auf ihre Umwelt, nicht in einer abstrahierten Form, so wie wir, wenn wir unsere Anträge besprechen, sondern konkret: Was passiert vor meiner Tür? Wie kann ich mich da beteiligen? Ich denke, dass es bei den Seniorinnen und Senioren ähnlich ist. Ich frage auch da wieder nach Projekten, um zu konkretisieren, wie Beteiligungsprojekte im Stadtteil - bezogen auf die Lebenswirklichkeit der Menschen - jenseits von gesetzlich verankerten institutionalisierten Beiräten oder Parlamenten auf kommunaler Ebene umgesetzt werden können, wie so etwas projektorientiert funktionieren kann. Haben Sie ein Patentrezept - wahrscheinlich nicht - oder einen Ansatzpunkt, wie man da herankommt?

Elisabeth Koschorreck (SPD): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Frau Dücker hat das Thema Migration schon angesprochen, das wäre auch eine meiner Fragen gewesen.

Herr Vogel und Herr Esche haben gesagt, dass die Vernetzung bestehender Einrichtungen wichtig ist. Es gibt schon seit vielen Jahren seniorengerechte Wohnungen und vieles mehr, das sich mit diesem Thema beschäftigt; wir fangen nicht von vorne an. Das Thema Mehrgenerationenkonzepte ist heute sicherlich unser Hauptthema, aber es gibt auch Seniorinnen und Senioren, die länger in ihrer eigenen Wohnung leben möchten, die nicht mit jungen Menschen zusammenleben wollen. Das ist auch nicht jedem gegeben. Von daher die Frage an Herrn Möller: Wie kann man das Bestehende weiter ausbauen? Wie kann man noch weitere Fördermöglichkeiten einrichten?

Die Kommunen sind bei den Mehrgenerationenhäusern sehr gefordert. Die Landschaft in NRW ist sehr unterschiedlich. In einem Stadtteil leben überwiegend ältere Menschen, in dem anderen nicht. Wie kann man da helfend zur Seite stehen? Muss es einen bestimmten Standard geben? Müssen die Menschen, die vor Ort sind, qualifiziert werden? Dazu hätte ich gerne Ihre Meinung gehört.

Vorsitzende Andrea Milz: Wir haben jetzt die Fragen der Abgeordneten gesammelt, alle Experten sind noch einmal angesprochen worden. Wir machen jetzt die Runde rückwärts, sodass Sie auf die Punkte eingehen können, bei denen Sie sich angesprochen fühlen. - Frau Winter und Ihre Mitstreiter, wer von Ihnen antwortet? Bitte schön.

Klaus Bremen (Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes NRW): Ich arbeite beim Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband, der landesweit organisiert ist und würde gerne auf die sehr wichtige Frage von Frau Kastner nach den Rollen und Zuständigkeiten eingehen wollen. Das ist eine vor-

dergründig sehr langweilige Frage, weil sie sich mit Organisationshuberei beschäftigt, sie ist aber entscheidend für die Wirksamkeit und die Effektivität dessen, was wir tun.

Ich darf uns alle daran erinnern: Wir reden hier weitgehend über einen Bereich, für den nach unserer Landesverfassung die Kommunen zuständig sind. Das ist ein Bereich der Daseinsvorsorge. Es gibt eine klare Zuweisung, wenn es um den sogenannten Bereich Mehrgenerationenarbeit geht, wir nennen das in unseren Breitengraden offene Altenarbeit. Dann sind erst einmal die Kommunen am Zug.

Die andere Frage, die mindestens genauso wichtig ist, lautet: Welches ist die Rolle des Landes? Wir als Freie Wohlfahrtspflege sehen die Rolle des Landes darin, Dinge, die sich erfolgreich in Kommunen umsetzen lassen, zu verbreiten, zu propagieren, in einem Fachaustausch mit uns als Verbänden zu eruieren und sie dann in die Kommunen zu transportieren.

In den rund 400 Kommunen unseres Landes gibt es aber sehr unterschiedliche Leidenschaften, was den Willen angeht, solche Konzepte umzusetzen. Es gibt auch ein sehr unterschiedliches Problembewusstsein dafür. Wir haben Städte wie Bielefeld, die eine Demografiebeauftragte haben und sich langfristig auf dieses Thema einstellen, und wir haben einige Kommunen, von denen ich sagen muss: Sie haben den Schuss noch nicht gehört. Insofern hat das Land, das Parlament mit solchen Runden eine Führungsaufgabe, die ich Sie bitte auch wahrzunehmen. Um diese Führungsaufgabe wahrnehmen zu können, brauchen sie Partner und Netzwerke sowohl auf der Landesebene als auch in der Kommune.

Damit kommen wir auf eine ordnungspolitische Fragestellung: Wer ist vor Ort der eigentliche Akteur bei diesem Thema? Gewährleisten muss die Daseinsvorsorge die Kommune; da ist unsere Verfassung ganz klar. Aber wir haben seit langen Jahrzehnten und eingepflanzt in die Tradition unseres Landes so etwas wie die Subsidiarität, das heißt eine Nachrangigkeit des staatlichen kommunalen Handelns gegenüber den freien Trägern. Ich würde mir auch wünschen, dieses Ordnungsprinzip neu zu entdecken; denn um das zu erreichen, was einige von Ihnen angesprochen haben, eine aktive Kommune, müssen wir alle Milieus mobilisieren, in denen Menschen unterwegs sind. Das sind Kirchengemeinden, selbst organisierte Zusammenschlüsse, einfache Mitglieder vor allem in der Tradition der Arbeiterbewegung. Das müssen wir mobilisieren, und dem müssen Sie bitte einen Platz geben.

Letzten Endes spielt bei all diesen Fragen Geld eine Rolle. Auch da gibt es in den Kommunen sehr unterschiedliche Leidenschaften, dem nachzugehen. Wir sind ein landesweit tätiger Verband. Die Kommunen ziehen sich aus der Förderung wohlfahrtspflegerischer Netzwerke auf breiter Front zurück. Das hat ganz unterschiedliche Gründe. Meine Sorge ist, dass dadurch Dinge kaputtgehen, die uns im demografischen Wandel eigentlich helfen, die wir bei solch einer Perspektive brauchen.

Zu der Frage Mehrgenerationenkonzept versus Alte wollen unter sich sein, Junge wollen auch unter sich sein: Ich glaube, es kommt - wie immer im Leben - auf das richtige Mischungsverhältnis an. Wir sollten nicht eine neue, mit Verlaub, Sau durchs Dorf jagen und sagen: Jetzt ist es der Mehrgenerationenansatz. Das ist nicht so. Wir brauchen auch weiter eine zielgruppenspezifische Arbeit; Frau Winter hat es schon ausgeführt. Es gibt Quäker-Nachbarschaftsheime, die seit vor dem Krieg generationenübergreifend

arbeiten. Wir müssen nur noch einmal hinschauen und sehen, unter welchen veränderten Bedingungen wir neu aus dieser Arbeit lernen können.

Ich stimme Frau Gerzer-Sass zu: Wir brauchen andere Bündnisse vor Ort. Wir müssen nicht nur den einzelnen Bürger, die einzelne Bürgerin aktivieren, sondern auch die örtliche Wirtschaft und über den sozialen Bereich hinaus den Sport, die Kultur, das, was man heute Zivilgesellschaft nennt.

Gestatten Sie mir, abschließend noch eine Frage anzusprechen, die auch eine meiner persönlichen Leidenschaften betrifft: Welche Rolle spielen älter gewordene Migrantinnen und Migranten bei diesem Thema? Es gibt einige Projekte in unserem Verbandsbereich. Wir beziehen zum Beispiel in Bochum speziell älter gewordene Migrantinnen und Migranten in eine Gemeinwesenarbeit ein, was gar nicht so leicht ist. Wir bereiten in unserem Haus dazu ein Kulturprojekt vor, mit dem wir dieses Thema öffentlich machen wollen. Damit ist ein sehr bedeutsames Thema angesprochen, auch des Klimas zwischen der zweiten und dritten Generation und ihren deutschen Peers. Wenn man sieht, wie die eigenen Eltern in diesem Land keinen Fuß fassen oder von sich selbst aus zu wenig tun, um im Alter Fuß fassen zu können, dann hinterlässt das junge Menschen mit einer Migrationsgeschichte in einer bestimmten Art und Weise. Das sind Fragen, bei denen es sich lohnt, noch einmal im Detail hinzuschauen.

Gabriele Winter (Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes NRW): Ich glaube, die Menschen, egal ob es junge oder alte sind, brauchen einen Dialog auf Augenhöhe. Das heißt, wir brauchen Beteiligungsformen, die diese Augenhöhe herstellen.

Potenziale für Engagement: Wenn wir an den richtigen Stellen die Stellschrauben drehen und ein Engagement auch hauptamtlich fördern, erreichen wir ein sehr großes Potenzial an ehrenamtlichem Engagement, das sich über die eigene Zugehörigkeit zur Altersgruppe hinaus entwickelt. Wir haben Beispiele für die Entwicklung von Netzwerkarbeit im Stadtteil, wo wir - das haben wir wissenschaftlich untersuchen lassen - in der Umwandlung von 1 €, den wir in Hauptamtlichkeit investiert haben, geldwerte Leistungen - wenn man das überhaupt im sozialen Engagement so umrechnen kann - von 9 € wieder herausbekommen. Wir müssen an den richtigen Stellen die richtigen Menschen einsetzen, aber ohne Hauptamt geht kein Ehrenamt.

Zum Thema Hochaltrigkeit: Neben der großen Phase der sehr aktiven Menschen, haben wir zunehmend das Problem der Hochaltrigkeit und da die Frage der Generationengerechtigkeit. Wenn wir keine überforderten Nachbarschaften wollen - darauf läuft es hinaus, weil wir auch eine Singularisierung der Gesellschaft haben -, dann müssen wir Servicestationen in den Quartieren, und zwar sehr niedrighschwellige und fußläufig zu erreichende, entwickeln. Wir glauben, dass sich die Begegnungsstätten, die es jetzt gibt, hervorragend dafür eignen. Die Landesregierung hat auch ein Programm aufgelegt, dieses zu unterstützen. Ich glaube, es ist hilfreich, dass die verschiedenen Generationen Demokratie gemeinsam leben. Wir erleben da eine große Offenheit, wo Strukturen zur Verfügung gestellt werden.

Wenn es noch Fragen zu Projekten gibt - es gibt zum Beispiel „Pasta & Co.“, ein Projekt der Caritas für den Migrantenbereich -, stellen wir Ihnen das selbstverständlich zur Verfügung. Wir haben eine sehr große Palette, die noch größer werden könnte.

Annemarie Gerzer-Sass (Servicestelle Mehrgenerationenhäuser): Ich habe die Fragen in drei Punkte gegliedert. Zentral war zum einen: Welche Gruppen haben Ressourcen? In welche Richtung sollte man den zielgruppenspezifischen Ansatz auflösen? Durch den zweiten Freiwilligensurvey haben wir gesehen, dass sowohl die Jugendlichen als auch die ältere Gruppe das größte Potenzial haben, dass sie gerne bereit sind, sich zu engagieren.

Jetzt haben wir zwei Aspekte: erstens die Jugendlichen, die sich sehr selbstverständlich für ihre eigene Zielgruppe engagieren. Das ist wichtig, denn das ist eine identitätsbildende Entwicklungsphase, in der die Jugendlichen mit Jugendlichen zusammen sind. Aber wir haben auch gesehen - jetzt kommen sozusagen die Öffnungen der Institutionen auf der regionalen Ebene -, wenn Lehrer in den Schulen mit Jugendlichen Projekte angefangen haben, bei denen sie in Altenheime gegangen sind, durch die die Schüler angeregt wurden, durch die sie eine Vorstellung bekommen haben, wie man sich für andere einsetzen kann, dann haben die Jugendlichen diese interessanten Ansätze für sich auch weiter aufgegriffen. Das heißt, wenn wir an die Jugendlichen denken, müssen wir einmal ihr weiteres, sehr wichtiges zentrales gemeinsames Engagement betrachten, aber auch Anregungen schaffen, damit sie das Potenzial, das sie haben, auch leben können.

Der zweite Aspekt ist, dass gerade die ältere Generation über 65, die sich verständlicherweise auch sehr für ihre eigene Generation einsetzt, das größte Potenzial hat. Wie schaffen wir es, dieses Potenzial zu motivieren? Wir sind fast aufgefordert, das ein Stück weit zu heben. Dieses Heben ist der Zauber. Das ist eigentlich der Versuch des Aktionsprogramms der Mehrgenerationenhäuser mit ihren sieben Kriterien. Das geht nur, wenn man solche Gelegenheitsstrukturen schafft, wo man nicht als defizitär wahrgenommen wird, wo man hingehet, weil man auch etwas geben kann.

Wir haben sehr große Erfolge bei den jetzt ausgewählten Ansätzen in den Mehrgenerationenhäusern, die das schon praktizieren. Jugendliche machen in ihrem Jugendheim Computerkurse. Es kommen auch Ältere dazu, ihnen wird das Internet erklärt. Umgekehrt kommt der Kontakt mit den Älteren zustande. Daraus entsteht eine Patenschaft, und man gibt diesen Jugendlichen wieder Unterstützung bei der Platzierung am Arbeitsmarkt.

Diese realen Ansätze sind die einzige Chance, alle sehr gut zusammenzubringen. Deswegen ist es so notwendig, dass solche Mehrgenerationenhäuser einen offenen Treffpunkt haben, damit es einen Anlass gibt, dahin zu gehen, auch wenn man etwas braucht. Dabei ist die zentrale Frage, wie man angesprochen wird, um aktiv werden zu können. Welches Klima ist vorgegeben? Es ist ein sehr spannender Prozess der vorhandenen Einrichtungen, die schon viele Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit freiwillig Engagierten haben, durch den sie auch eine Unterstützung und Aufwertung erfahren, um hier weiterzumachen.

Der entscheidende Punkt ist, dass man gemeinsame Prozesse hat, gemeinsame Fort- und Weiterbildung sowie Ansprechpartner. Man kann nicht die Personen holen ohne einen konkreten Ansprechpartner, der sich um sie kümmert, der auch nachfragt: In welchem Bereich kannst du dich einbringen? Auch eine gewisse Kontinuität in der Beratung ist erforderlich.

Darum wird bei den Mehrgenerationenhäusern die Zusammenarbeit mit den Tauschbörsen, mit den Freiwilligenagenturen empfohlen, um eine Vernetzung hinzubekommen. Es geht nicht darum, alles selbst zu aktivieren, sondern das Vorhandene in die Richtung zu verstärken. Es geht um die - das ist eine Organisationsfrage - Zusammenarbeit von freiwillig Engagierten mit professionellen Kräften, weil es teilweise eine Umdefinition von bestimmten Aufgabenstellungen der professionellen Kräfte gibt.

Ich darf erwähnen: Wir haben in der Forschung vor 20 Jahren mit der Veränderung der Kinderbetreuung begonnen. In den 70er-Jahren ging es um die Gemeinwesenarbeit. Jetzt stellt sich dieses noch einmal unter neuen Aspekten dar, nämlich wie man die reale Bereitschaft einer Gruppe in der Gesellschaft, wie man Ehrenamtlichkeit über die vorhandenen Konzepte anerkennt. Das kann eine nicht monetäre Anerkennung, aber auch ein Honorar für die Übernahme einer Aufgabenstellung sein. Das kann hingehen bis zu einer Anstellung im Niedriglohnbereich, aber auch in einem qualifizierten Bereich. Dies sind die neuen Schritte, wie man ein soziales Experiment aufbauend auf den schon vorhandenen Erfahrungen anreichert. Es ist die Frage: Welche gesetzlichen Grundlagen haben wir? Ist es möglich, dass freiwillig Engagierte, die aus einem anderen Bereich kommen, im Feld der Kinderarbeit tätig sein können? Wir haben die hohe Bereitschaft von Leihomas und Leihopas. Das muss fachlich moderiert werden. Das sind neue Aufgabenfelder, die auf die Mehrgenerationenhäuser in der Zusammenarbeit zukommen.

Zur Frage der Win-Win-Situation: Wir bekommen nur die Partner aus der Wirtschaft - das haben wir an den ersten Beispielen der Mehrgenerationenhäuser gesehen -, wenn wir zum Beispiel auf ein lokales Unternehmen zugehen und sagen: Wir bieten eine Essensversorgung an, wenn ihr am Wochenende eine Weiterbildung macht. Wir bieten stundenweise flexible Betreuung an, wenn ihr uns dafür entsprechend unterstützt. Es gilt, die lokalen Bedürfnisse im Wirtschaftsbereich herauszufinden, dann kommt auch die Bereitschaft des Engagements von Mitarbeitern. Die Selbstverständlichkeit, dass es in Unternehmen Freistellungen gibt, dass sich auch Mitarbeiter bürgerschaftlich engagieren, wird zwar über „Social Responsibility“ sehr debattiert, man kann das aber auch vor Ort durch sehr reale Angebote anregen.

Zur Frage der Auflösung der Versäulung: Wir haben die Debatte im Kinderbetreuungsbereich, dass auch unter Dreijährige sehr wohl Bildung und nicht nur Betreuung und Versorgung brauchen. Diese Ansätze zeigen, dass wir gefordert sind, die bisherige Aufteilung in Ressortbereiche neu zu gestalten. Das betrifft auch die anderen Generationen. Wir haben eine Möglichkeit, dies über die Seniorentreffs zu tun, über die Seniorenarbeit, außerhalb des Kinder- und Jugendhilfebereichs. Wir müssen das stärker einbeziehen, um eine Finanzierung aus einer Hand für ein Mehrgenerationenhaus zu ermöglichen.

Die Mütterzentren sind ein sehr schönes Beispiel hierfür. Gehören Sie in die Familienbildung oder in den Betreuungsbereich? Man hat keine verwaltungstechnische Lösung gefunden, sondern nimmt aus jedem Topf etwas. Ich denke, das ist bei den Mehrgenerationenhäusern nicht mehr zu machen. Es bedarf einer intelligenten Lösung in der Verwaltung, wie solche Ansätze auch förderlich so weit begleitet werden können, dass sie auf der Ebene der konkreten Aktivitäten handlungsfähig sind.

Das heißt nicht, dass wir keine Kinderbetreuung oder Finanzierung im Jugendzentrumsbereich mehr brauchen. Einzelne Jugendzentren haben sich in dem Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser beworben und öffnen es für die ältere Generation. Sie haben auch noch ihre Räume für sich, sind aber bereit, dieses ein Stück weit auszuprobieren. Um diese Bereitschaft - zum Beispiel auch von Kirchengemeinden - geht es. Man muss von verschiedenen Ansätzen her fragen, wo es - immer bezogen auf den Bedarf vor Ort - real die Möglichkeit eines räumlichen Ansprechpunktes gibt. Die Vernetzung alleine bringt es nicht. Sie brauchen Orte, Räume, wo man sich sinnlich erleben kann.

Thomas Möller (Baugenossenschaft Freie Scholle, Bielefeld): In Anbetracht der Zeit möchte ich die Fragen relativ kurz und präzise beantworten. Wenn mir das nicht gelingt, lade ich Sie gerne ein, uns in Bielefeld zu besuchen, um Ihnen dann ganz in Ruhe und ausführlich unsere Arbeit vorzustellen.

Eine konkrete Frage war, ob wir unsere Sachen allein umgesetzt haben oder in einem moderierten Prozess. - Es war ein Mittelweg. Wir führen seit über 20 Jahren sogenannte Bewohnerseminare durch, die von einem Externen mit moderiert werden. Ganz wichtig sind dabei - ich glaube, das kann man allgemein gesellschaftlich sagen - die Begriffe Kommunikation und Partizipation. Man muss mit Menschen sprechen und sie echt beteiligen. Wenn man das tatsächlich ernst nimmt, entsteht gerade im Wohnungswesen Nachbarschaft. Wir müssen auch mit einer erhöhten Fluktuation kämpfen - das ist klar, Leben verändert sich, Menschen sind heute erheblich mobiler als noch vor 20, 30 oder 40 Jahren -, aber wenn Sie intakte Strukturen haben, gibt es die Möglichkeit, Menschen viel leichter in diese Prozesse zu integrieren.

Der Begriff des Dorfes, der gefallen ist, ist ganz wichtig. Wir haben uns bemüht, Neubauprojekte so aufzubauen, dass man quasi wieder kleinere dörfliche Strukturen schafft, kleine Treffpunkte, wo man sich begegnet, wo man die Möglichkeit hat, miteinander ins Gespräch zu kommen.

Die Integration von Migranten ist für uns sehr wichtig. Es bedeutet, dass wir uns bei der Belegung der Wohnungen überlegen: Wen kann man zusammenbringen? Man muss auch eine verantwortbare Wohnungsbelegung machen. Integration muss sehr stark durch Sprache passieren. Das heißt, dass wir uns bemühen, mit Menschen mit Migrationshintergrund ins Gespräch zu kommen. Ich bin ganz ehrlich: Wir haben noch zu wenige Menschen mit Migrationshintergrund, die bereit sind, sich in der Genossenschaft zu engagieren. Aber wir sagen ganz deutlich, dass das Genossenschaftsgesetz gerade diese Möglichkeiten gibt. Im Gegensatz zu anderen Institutionen haben Menschen mit Migrationshintergrund, auch wenn sie nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen,

das aktive und passive Wahlrecht in der Genossenschaft, können also selber bis hin den Aufsichtsrat gewählt werden.

Die Probleme bei der Privatisierung habe ich schon angesprochen. Ich meine das wirklich ernst. Wir erleben es in Bielefeld in Quartieren, die sozial sehr problematisch sind, gerade wenn man nicht darauf achtet, nachbarschaftliche Strukturen zu erhalten, sondern nur ein Interesse daran hat, die Wohnungen möglichst voll zu bekommen. Ich habe eben einmal gehört: Das regelt der Markt. - Ja, der Markt wird es regeln, aber er wird eine verbrannte Erde mit kaputten Strukturen hinterlassen. Dann werden die Sozialpolitiker kommen und sagen: Wir müssen hier viel Geld investieren. Nehmen Sie uns - das ist meine ganz große Bitte -, Wirtschaftsunternehmen, die wir lokal, vor Ort bereit sind zu investieren, die ein Interesse daran haben, unsere Städte weiterzuentwickeln, mit ins Boot. Führen Sie mit uns den Dialog, der eben auch gefordert worden ist, auf Augenhöhe. Dann können wir gemeinsam - Kommunen, Sozialverbände, Wohnungswirtschaft - eine ganze Menge bewirken.

Zum Schluss: Für uns als Genossenschaft ist es nett, wenn gefragt wird, welche Förderung wir brauchen. Wir brauchen keine Förderung. Wir sagen auch unseren Mitgliedern: Wir können alles für euch tun, aber ihr müsst es selbst bezahlen. Warum? - Wir setzen darauf, dass nur das nachhaltig betrieben werden kann, was wir von vornherein selber finanzieren können. Alle Leistungen, die wir anbieten wollen, müssen wir als Wirtschaftsunternehmen vernünftig durchkalkulieren und dann den Mitgliedern sagen: Wenn wir euch diese Leistung anbieten, wird das langfristig den und den Preis kosten. Dann kann man es zu gesellschaftlich relativ geringen Kosten machen, weil die Bewohner bereit sind, diesen relativ geringen Beitrag für ihre Nachbarschaft, für ihr soziales Zusammenleben vor Ort zu investieren.

Andreas Esche (Bertelsmann-Stiftung): Wer hat die Möglichkeit, bürgerschaftliches Engagement tatsächlich umzusetzen, zu leben? - Der bereits genannte Freiwilligensurvey zeigt, dass es insbesondere diejenigen sind, die keine Zeit haben. Die Erfolgreichen, diejenigen, die viel Arbeitszeit haben, engagieren sich auch noch ehrenamtlich. Der - das ist ein bisschen platt, das gebe ich zu - Hartz-IV-Empfänger, dem man viel Zeit zutraut, ist nicht integriert. An der Stelle bedeutet Potenzial auch, wie wir es hinbekommen, breitere Kreise einzubeziehen. Das hat viel mit sozialem Status und der wiederum viel mit Bildung zu tun. Bildung ist für mich ohnehin das Thema, über das wir im Zusammenhang mit demografischem Wandel zentral sprechen sollten, also auch in diesem Zusammenhang.

Die Überschrift „Mehrgenerationenkonzepte“ mag die Gefahr beinhalten, dass man als Selbstzweck nach irgendeinem Betätigungsfeld für Mehrgenerationenkonzepte sucht. Das halte ich für nicht überzeugend. Damit bekommen Sie auch nicht diejenigen, die Sie brauchen. Also ist ein inhaltliches Leitmotiv erforderlich. Ich glaube, die erfolgreichen Ansätze funktionieren immer dann, wenn jemand in der Sache eine gute Idee hat, damit sehr konkret als Initialzündung ans Werk geht und sich das über mehrere Generationen erstreckt, ohne dass von vornherein mit einem Mehrgenerationenkonzept hergegangen worden wäre.

Ein solches Leitmotiv ist für mich das Thema Bildung, und zwar in Bezug auf - das würde ich Ihnen gerne nahe legen - das Thema Generation 90. Das sind die Kinder der Babyboomer, sozusagen das letzte demografische Ass im Ärmel. Das sind noch relativ starke Kohorten, das sind die, die im Moment gerade zur Schule gehen oder kurz davor sind, an die Uni zu marschieren. Wenn Sie sich anschauen, wie unsere Gesellschaft mit denen umgeht, was wir aus dieser Generation „machen“, dann kann einem in der Tat ein wenig bange werden. Wenn man das Thema anspricht, dann sagen die Bildungsexperten: Das dauert länger, da können wir jetzt nichts mehr machen. - Das wäre eine Katastrophe. Es muss jetzt etwas passieren.

Wenn Sie sich anschauen, wie sich die Zahl der Schulabbrecher ohne Abschluss entwickelt hat, wie die Perspektiven an den deutschen Hochschulen sind, was die Finanzierung der zusätzlich benötigten Hochschulplätze angeht etc., dann laufen wir auf ein massives Problem zu. Wir müssen konkret schauen: Wo können da generationenübergreifende vernünftige Dinge stattfinden? Es geht zum Beispiel um die Frage: Wie können wir jemanden, der davor steht - vielleicht ist es auch schon passiert -, die Schule zu schmeißen, in irgendeiner Form wieder auffangen, einbinden, motivieren? Das sind für mich natürliche Betätigungszwecke in den Mehrgenerationenhäusern.

Zu der Frage: Wer hat welche Rolle? Ich glaube, zentral sind die Kommunen. Es ist auch deutlich geworden - das spiegelt auch unsere Erfahrungen wider -, dass wir noch weit davon entfernt sind, dass sich ein flächendeckendes Handlungsbewusstsein durchgesetzt hätte. Es gibt gute Beispiele wie Herrn Vogel, der aber auch entsprechend häufig auf solchen Veranstaltungen zu finden ist, weil es nicht so viele gibt. Die Mehrzahl verdrängt das Problem faktisch immer noch. Hier sehe ich eine der zentralen Landesaufgaben, etwas zu tun. Ich weiß, dass das Land dort unterwegs ist und denke, das muss mit Nachdruck betrieben werden, Stichwort: Empowerment der Bürgermeister.

Zur Rolle der Unternehmen, Stichwort: CSR. Ich halte diesen Punkt in der Tat für richtig. Es gibt eine ganze Reihe von Unternehmen, die selbstverständlich von ihren Leuten, insbesondere ihren Führungsk Mitarbeitern - das ist auch nicht unwichtig -, erwarten, dass sie sich nachweisbar ehrenamtlich engagieren. Das ist der Import des amerikanischen Modells. Dies ist nicht besonders wertebasiert, sondern sie machen das nach einer Checkliste, aber das Ergebnis zählt an der Stelle. Man kann sehr wohl nahe bringen, dass Entsprechendes auch bei uns umzusetzen ist.

Letzter Punkt: Inwieweit können wir uns das Heil darin versprechen, dass wir einen neuen Institutionentyp schaffen? Ich bin in der Tat skeptisch, weil zunächst einmal die gute Idee entscheidend ist, die guten Leute, die an der Idee arbeiten und dann irgendwann in der Folge das richtige institutionelle Setting. Wenn die Richtung d'accord gewährleistet ist, dann hätten es die Leute in der Regel auch so gemacht. Man muss schauen, wie hoch die Mitnahmeeffekte bei der ganzen Sache sind. Es darf nicht passieren, dass neue Institutionen unter dieser Generalüberschrift irgendwann verzweifelt nach ihrem Sinn und Zweck suchen.

Hans-Josef Vogel (Stadt Arnsberg): Ich kann eigentlich nahtlos daran anschließen. Das Thema Bildung ist das übergreifende Thema. Ich darf noch einmal sagen: Generationenvertrag des Lernens. Wenn man unter diese Idee weiterarbeiten würde, wäre das

sensationell - in der ganzen Republik und auch in Europa, soweit ich den europäischen Überblick habe.

Ich möchte vorwegschicken, um auch Herrn Esche zu bestätigen: Mehrgenerationenkonzepte müssen auf ihren Beitrag hin zur Gestaltung des demografischen Wandels, zu den Auswirkungen der Globalisierung und des Wertewandels eingeordnet und überprüft werden. Das sind die drei zentralen Herausforderungen, vor denen wir stehen. Es geht um die Einbindung in die strategische Zielrichtung.

Zu der Frage: Wo sind die Ressourcen? - Die Ressourcen sind die Menschen. Sie liegen einmal bei denen, die ohnehin schon viel machen - Herr Esche hat darauf hingewiesen -, aber wir haben drei große Potenziale: die Kinder, die ältere Generation und die Migranten; der Hinweis war sehr richtig. Wenn Sie sich die Sache noch einmal genauer anschauen, werden Sie feststellen, dass diese drei Gruppen - nämlich Kinder, ältere Generation und Migranten - in den letzten Jahren eher ausgegrenzt und diskriminiert worden sind.

In Bezug auf Kinder - das ist relativ einfach, das sagt uns schon die UN, Diskriminierungstatbestände werden unter der Überschrift „soziale Vererbung“ diskutiert - haben wir immer noch keine richtigen Strategien, die soziale Vererbung zu durchbrechen. Es geht um Bildung, die Stärkung möglichst aller Kinder und darum, keine Kinder zurückzulassen. Das ist gerade hinsichtlich der Generation 90 angesprochen worden. Wenn uns das in der Generationen 90 nicht gelingt, werden wir es nicht schaffen.

Zur älteren Generation muss ich Ihnen nichts erzählen. Es würde sehr spannend und eine Aufgabe des Landes, wenn eine pensionierte Lehrerin sagen würde: Ich bin aber mit 66 Jahren noch bereit, einen Leistungskurs Geschichte ehrenamtlich an meinem Gymnasium abzuhalten. Ermöglichen Sie das doch dieser Frau. Ich freue mich schon auf die Diskussion mit den Verbänden, den Versicherungen usw. Das heißt - ich will es einmal deutlich machen -: Wir haben Hemmnisse. Ich glaube, dass Sie wesentlich mehr Macht haben, diese Hemmnisse zu beseitigen, als wenn wir Kommune für Kommune nur mit Insellösungen arbeiten.

Wir müssen genau hinschauen, wenn wir Migranten in das Mehrgenerationenkonzept hineinholen. Es gibt viele Migranten, die das Mehrgenerationenthema lieben, da funktionieren die Familien noch, da gibt es diese Realität. Es ist eine erhebliche Umverteilung in den Familien, aber das Potenzial zur Gestaltung des demografischen Wandels ist erforderlich. Da sind wir ausgegrenzt.

Ich will noch einmal deutlich machen, was die Möglichkeiten angeht: Wir haben bei uns eine Bürgerumfrage durchgeführt. Die Migranten haben uns gesagt: Wir wollen mehr für diese Stadt tun. Das ist gar nicht so einfach; Sie haben es angesprochen. Das heißt, wir müssen auch endlich einmal Lösungen finden und mit der Hampelei um die Bleiberegulungen aufhören. Wie viel Geld kosten die Diskussionen und die Ausländerämter, die sich mit den Bleiberegulungen von Menschen beschäftigen müssen, die schon länger hier und integriert sind, die dort jeden Monat auflaufen müssen? Bitte schaffen Sie hier klare Fakten. Gehen Sie weiter als der Kompromiss, der in Berlin erzielt worden ist. Da liegen Ressourcen für den demografischen Wandel. Ich will noch einmal eindeutig appellieren: Die integrierten Leute in dem Bereich wollen mitmachen. - Diese drei Potenziale sehe ich.

Noch einmal zu den Aufgaben des Landes: Erstens. Sie müssen das Thema auf die Tagesordnung setzen. Sie haben ganz andere Möglichkeiten, die Agendasettingfunktion ausüben und das Thema vorzugeben. Ich würde aber nicht mit dem Operativen anfangen, sondern mit den strategischen Zielen.

Zweitens. Sie müssen die bestehenden Programme evaluieren. Sind sie demografiefest? Was ist aus den Projektruinen geworden? Es gibt auch gescheiterte Projekte. Wir müssen „Lessons learnt“ einführen und sagen: Das hat nicht funktioniert, weil ... Nicht jedes Projekt darf nur positiv bewertet werden, bleibt dann aber isoliert.

Drittens. Wir brauchen eine Innovationsförderung. Das kann nicht eine Kommune machen. Das heißt, wir brauchen neue Programme. Nicht jede Stadt kann ein neues pädagogisches Programm für gemeinsames Lernen entwickeln. Das EFI-Projekt war hervorragend in diesem Bereich. Wir brauchen Unterstützung beim Best-Practice-Transfer. Auch das kann nicht eine Stadt für sich machen. Wir müssen die Rahmenbedingungen verändern. Ich habe Schule und Pflege angesprochen. Wenn wir mehr Familiäres und auch mehr Bürgerschaftliches in diesen Bereichen mobilisieren wollen, müssen bestimmte Fördersysteme - auch in der Pflegeversicherung - umgestellt werden. Das ist alles nicht ganz einfach, aber diesem Thema sollten Sie sich politisch widmen.

Abschließend zur Privatisierung: Es gibt - wie immer im Leben - gute Beispiele in Städten, die keine städtischen oder staatlichen, öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften haben, und es gibt gute Beispiele in Städten, wo diese existieren. Man kann das nicht generalisieren. Sie haben europaweit ganz unterschiedliche Systeme. Ich glaube, dieses Thema hängt davon nicht ab. Sie werden aber merken - ob privat oder kommunal -, dass sie vielleicht jetzt noch nicht, aber in 15 Jahren Probleme haben. Dann werden sie Angebote machen müssen, damit Leute dort hinziehen, die den Mehrgenerationenkonzepten entsprechen. Diese Fragestellung sollte man in der Diskussion aber nicht überbewerten. Es gibt Beispiele dort und dort.

Abschließend möchte ich noch dafür werben: Es muss uns gelingen - weil es nicht anders funktioniert, weil ich auch das Geld nicht sehe -, Städte als Doppelgestalt zu begreifen. Auf der einen Seite ist das politisch-administrative System, auf der anderen Seite die zivilgesellschaftliche Bürgergemeinde, die ganz anders tickt als das politisch-administrative System, in dem die NGOs und die Medien sind. Das politisch-administrative System muss das Thema setzen, und die Menschen, von deren Erfindungsreichtum ich überzeugt bin, werden etwas erfinden, wenn wir sie beteiligen. Es ist aber die Aufgabe der Städte, diese Prozesse zu initiieren und zu unterstützen. Dazu brauchen wir auch die Unterstützung des Landes, sonst werkelt jeder für sich, und es wird noch teurer. Sie können übergreifend mitwirken, indem Sie diese Prozesse und Innovationen unterstützen, Förderprogramme überprüfen und das strategische Thema setzen.

Je länger man über Mehrgenerationenkonzepte nachdenkt, ist das Thema Bildung, also Generationenvertrag, gemeinsames Lernen, vielleicht sogar die entscheidende Schnittstelle, der alle Projekte zugeordnet werden, der die Projekte dienen müssen.

Vorsitzende Andrea Milz: Mit diesen eindringlichen Worten der Expertenrunde haben Sie uns einigen Stoff zum Nachdenken und Nacharbeiten mit auf den Weg gegeben. Wir als Abgeordnete nehmen uns dessen gerne an.

Damit sind wir am Ende des heutigen Expertengesprächs. Dieses Thema wird uns sicherlich noch sehr viele Jahre beschäftigen, wir stehen erst am Anfang der Debatte. Vielen Dank, dass Sie gekommen sind, dass Sie uns Ihren Rat und Ihre Zeit zur Verfügung gestellt haben. Kommen Sie gut nach Hause. Wenn Sie uns brauchen, wissen Sie, wo Sie uns finden.

Den Kollegen eine angenehme Mittagspause. Wir sehen uns gleich zur nächsten Sitzung wieder. Auf Wiedersehen!

gez. Andrea Milz

Vorsitzende

be/05.03.2007/07.03.2007

315